

Lokales Fachforum zum Siebten Altenbericht der Bundesregierung  
am 9. November 2017 in Dietzenbach

**Anmerkungen und Forderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

Erwartungen an die die kommunale Politik

- Methodenkompetenzen der kommunalen Eliten (z.B. Kommunalpolitiker, Landräte, Bürgermeister etc.) entwickeln
  - Netzwerken / Management
  - Projektmanagement / Sozialplanung
  - Vorbildfunktion als Führungsaufgabe
  - Organisationsentwicklung / Personalentwicklung
  - u.v.m. nach dem top-Down-Prinzip
- Wir brauchen weniger Absichtserklärungen der Politik, es sollten mehr Entscheidungen getroffen werden!
- Dem Thema Alter und Pflege eine „Lobby“ geben! Haltung sollte sich auch im politischen Handeln zeigen und nicht in „Alibi“-Diskussionen verschleppt werden.
- Bürgermeister/innen und andere kommunale Führungskräfte zu Veranstaltungen über den Siebten Altenbericht einladen!
- Was nützen Treffen für Fachleute? Wir müssen die Themen zu den Entscheidungsträgern bekommen!
- Die Entscheider informieren und einbeziehen!

Vernetzung und Koordinierung

- Vorschlag: Vernetzung der Seniorenarbeit im Kreis z.B. durch ein Treffen pro Jahr von Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Organisationen (Kreis, Kommunen, Kirchen usw.). Leitfragen dabei:
  - a. Was brauchen die älteren Menschen?
  - b. Wie können wir das in „Synergie“ (statt nebeneinander her) bestmöglich beantworten?

- Netzwerkorientierung als Grundprinzip kommunaler Seniorenarbeit ist unerlässlich, damit für die Belange älterer Menschen in der Kommune etwas erreicht werden kann. Lebensweltbezug!
- Koordinierungsstelle für die Beratungsangebote für Senioren einrichten!
- Im Rahmen kommunaler Netzwerkarbeit und Sozial- und Altenhilfeplanung geht es um konkrete Zielvereinbarungen und damit um die nachhaltige Umsetzung dieser Ziele.

#### Erwartungen an den Bund und an die Länder

- Abgestimmte Vorgehensweise zwischen Bund / Land / Kommunen; gemeinsame Ziele
- Bund und Länder müssen die Rolle der Kommunen stärken
- Altenhilfeplanung muss eine gesetzliche Regel werden!
- Wir brauchen eine verbindliche Gesetzgebung für die Sozialplanung!
- Wichtig für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen ist eine gesetzliche Grundlage. „Haltungen“ bei Politikern, Bürgermeister, Landräten werden meiner Erfahrung nach sehr stark von entsprechenden Gesetzen gefördert!
- Es braucht ein Altenhilfegesetz! Darin muss die Rolle der Kommune für Planung, Koordination und Vernetzung festgelegt werden sowie die Finanzierung!
- Gesetzliche Regelungen, finanzielle Unterstützung und methodische, moderierende Unterstützungshilfen sind nötig, um die Planung und Umsetzung von Maßnahmen für ein gutes Älterwerden in den Kommunen zu fördern.
- Den Kommunen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen!
- Kommune muss finanziell und personell in die Lage versetzt werden, die steuernde Rolle zu übernehmen!
- Es ist mehr finanzielle Ausstattung nötig, um das Thema „Gut Älterwerden“ in der Kommune anzugehen.
- Der Wandel kostet auch Geld – dies muss bereitgestellt werden!
- Vernetzung und Koordination gehört nicht in Anbieterhand (Problem der MGHs).

## Gesundheit und Pflege

- Verpflichtung zu einem standardisierten „Überleitungsmanagement“ zwischen Kliniken einerseits und ambulant/stationären Versorgungseinrichtungen oder Reha-Einrichtungen andererseits
- Förderung von Projekten, die eine Verbindung von Ambulant und Stationär ermöglichen, z.B. „Ambulantisierung stationärer Versorgung“
- Überwindung sektoraler Grenzen – SGB V vs. SGB XI
- Für die Kommune müssen die Einsparungen / Ausgaben bei ambulant vs. stationär direkt berechnet werden. Ambulant kostet Geld – stationär ist in der Umlage.
- Lockerung der Pflegefachkraftquote in stationären Pflegeeinrichtungen
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die „Pflegerinnen“
- Unterstützung und Hilfe von Seiten der Kommunen, wenn Betreuungseinrichtungen (Tagesbetreuung und ambulante Dienste) Räume benötigen, damit ältere Menschen länger zu Hause wohnen können, statt ins Heim zu müssen.
- Im Siebten Altenbericht werden Gesundheitszentren empfohlen. Warum verkauft der Kreis Offenbach das Gelände in Langen nicht für ein zweites Ärztezentrum? Bedarf und Ärzte sowie Investoren sind doch angeblich vorhanden!
- Kommunale Pflegekonferenz mit allen Anbietern, um den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln
- Wichtig: Netzwerk erweitern und einen Arbeitskreis Beratung und Koordination sowie Pflege (Wohlfahrtsverbände, Pflegedienste) einführen – regelmäßige Workshops und jährliche Treffen
- es fehlen tausende „Tagespflegeplätze“. Ausreden: „Es braucht alles Zeit“ oder „es ist kein Geld da“.
- Wir brauchen einen Ausbau der Tagespflege – orientiert an Entlastungsbedürfnissen der pflegenden Angehörigen. Dies betrifft zum Beispiel
  - Öffnungszeiten (z.B. WE)
  - Organisation Arzt, Friseurbesuche etc.
  - Medikamentenmanagement
- Die Budgetdeckelung für ambulante Hilfen aufweichen, um die Ideen der Prävention und Rehabilitation für ältere Menschen zu realisieren!

## Wohnpolitik

- Verbleib in der Wohnung – Hilfe bei baulicher Veränderung
- Barrierefreier Wohnraum muss jetzt wirklich ein Schwerpunkt werden!
- Zuschuss zum Umbau nicht nur für Eigentümer!
- Sozialen und geförderten Wohnungsbau weiterentwickeln!
- Generationsübergreifendes Wohnen fördern!
- Alternative Wohnformen fördern z.B. wie „Wohnen für Hilfe“!
- Kommunen sollten Beratung und Hilfe leisten bei Umzug in kleinere Wohnung!
- Wohnberatung durch die Kommune
- Betreutes Wohnen: Hier fehlt eine verbindliche Vorgabe! Nur behindertengerecht wird als Betreutes Wohnen verkauft. Bauträger werden so reich! Standards müssten sein bei:
  - Notruf
  - Ansprechpartner 24 Std.
  - Restaurant / Speiseraum
  - Freizeitangebote – es gibt sie schon, aber wenige
- Um älteren Bürgerinnen und Bürger das Wohnen in der häuslichen Umgebung zu ermöglichen, werden oft Haushaltshilfen für Aufgaben benötigt, die von den Bürgern/Bürgerinnen nicht zu leisten sind (wie Fenster putzen, Gardinen abhängen, Betten beziehen etc.). Hier werden dringend Dienste benötigt, die die Leistungen anbieten und für die Bürger finanzierbar sind.

## Gestaltung des Wohnumfelds

- Es sollte für gehbehinderte Personen die Möglichkeit geschaffen werden, die Grünphase an Ampeln individuell zu verlängern!
- Die Planung neuer Stadtteile (auch „Verdichtung“ bereits bestehender) in kommunaler Hand (be-)halten und nicht an „Planungsbüros“ vergeben, die kaum Interesse an „Sozialeinrichtungen“ haben, da für Investoren nicht ökonomisch.
- Wir brauchen Seniorentreffs in den Wohnquartieren mit Bildungsangeboten und Angeboten für praktische Hilfen!
- Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Mehrgenerationen-Wohnhäusern
- Im Quartier / in der Kommune sollte es eine Rentenstelle für die Beantragung von Witwenrente geben: vereinsamte ältere Menschen suchen die Stelle auf, Bedarfe werden offen gelegt.

## Vorschläge für konkrete Aktivitäten und Angebote

- Selbstverteidigungskurse für Senioren
- Biografie-Lauftreffs
- Jährliche Durchführung einer Seniorenbörse: Informationen zu Angeboten für Senioren
- Entwicklung einer Broschüre, die alle Hilfs- und Beratungsangebote für Senioren in der Kommune auflistet
- Seniorenstadtplan mit Hinweisen auf z.B. Sitzgelegenheiten und öffentliche Toiletten und Senioreneinrichtungen
- Internet-Vernetzung im Kreis:
  - Eine Internetseite des Kreises mit Angeboten für Senioren im Kreis, mit links (bereits vorhanden) zu den Seniorenberatungen vor Ort.
  - Ergänzen: Angebote aller Anbieter – Vorträge, Erwachsenenbildung, Trauergruppen, Veranstaltungen zu Vorsorgeverfügungen usw.
  - Jede Gruppe / Anbieter ist selbst verantwortlich, seine Angebote aktuell zu halten und setzt sie (direkter Zugang) selbst auf die Internetseite (keine Arbeit für den Kreis Offenbach!).
  - Ein Programmierer, mit dem ich sprach, sagt dass es geht. Ein Treffen mit dieser Firma (z.B.) mit klaren Absprachen, was wir brauchen, würde ermöglichen, eine solche Seite zu entwickeln. Gern bin ich unterstützend dabei, z.B. zur gedanklichen Vorbereitung.

## Weitere Anregungen

- Öffentliche Diskussion und eine positive Sichtweise stärken!
- Hervorheben, dass der demographische Wandel die Chance bietet, unter Umständen 20-30 Lebensjahre gestalten zu können.
- Folgeveranstaltung des Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Dietzenbach: Was hat sich in den Kommunen getan? Was wird weiterhin, zukünftig an Unterstützung benötigt?